# Aufwärts

**Bezugspreis:**
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

**Christliches Tageblatt**
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

**Anzeigenpreis:**
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 45. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 22. Februar 1933. | 15. Jahrgang.


411 Städt. Bibliothek S 839

**Wer sein selbst Meister ist**
**Und sich beherrschen kann,**
**Dem ist die weite Welt**
**Und alles untertan.** Flemming.

## Werden die Marxisten sich versöhnen?

Die Ereignisse der letzten Wochen lassen Auswirkungen erkennen, die im Aufwärts bisher erst teilweise erörtert worden sind. Man kann aber um der innerpolitischen Bedeutung willen nicht an der Tatsache vorübergehn, daß sich auch im marxistischen Lager eine Annäherung zu vollziehen scheint, die bisher vergeblich angestrebt wurde. Die feindlichen Brüder, die ein und denselben Lehrmeister haben und auf Karl Marx' „Kapital und Arbeit" ihre Programme aufbauten, konnten sich nicht mehr finden, da die SPD bis zum Jahre 1930 als regierende Partei hatte einsehen müssen, daß, wenn man die Verantwortung zu tragen hat, kürzer getreten und an Stelle agitatorischer Phrasen brauchbare Arbeit geleistet werden muß. Da heißt es, sich erhebliche Einschränkungen auferlegen, besonders dann, wenn koalitionsmäßige Gebundenheit es erfordert, Grundsätze preiszugeben, die früher zu den geheiligten Schätzen der Partei gehörten. Die SPD tolerierte sogar, einer besseren staatspolitischen Einsicht folgend, aber nicht ganz ohne Eigennutz, zwei Jahre das Kabinett Brüning, im Gegensatz zur KPD, auch dann, wenn es oftmals recht schwer hielt und hinter den Parteikulissen deswegen schwere Kämpfe ausgetragen werden mußten.

Die KPD dagegen, die aus der Not des Krieges nichts gelernt hat und ihre Weisungen und Befehle aus Moskau empfängt, erblickte in der mehr revisionistisch eingestellten Sozialdemokratie nichts als Verrat an der deutschen Arbeiterschaft, während ihr Ziel, die Arbeiter zu beglücken, durch Einführung der Sowjetmethoden herbeigeführt werden soll. Hier liegen die Gegensätze die noch durch persönliche Feindschaften früherer Freunde verschärft wurden und oft zu erbitterten Kämpfen führten und ein Zusammenarbeiten in den Parlamenten unmöglich machten. Die Stoßkraft des Marxismus ist durch diesen Bruderkrieg erheblich vermindert worden. Wenn auch die Ziele wesensverwandt blieben, so gingen doch die Wege dahin aus den schon angedeuteten Gründen auseinander. Einsichtige Führer betonten schon seit längerer Zeit die Unhaltbarkeit dieses Zustandes. Auch die linkdemokratischen Blätter aus den Hinterhäusern von Mosse und Ullstein ließen es an guten Ratschlägen nicht fehlen. Der aber immer wieder in Wort und Schrift sich für die Verständigung zwischen SPD und KPD einsetzte, war der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe, den man wohl als den Vater des Einigungsgedankens bezeichnen kann. Aber alle Bemühungen schienen vergeblich zu sein, bis jetzt endlich Zeichen der Entspannung sich bemerkbar machen. Die Restaurierung der Harzburger Front, das Zusammenarbeiten der Führer Hitler, Papen, Hugenberg und Seldte in einer Regierung, die in wenigen Tagen schon gezeigt hat, daß sie nicht gewillt ist, fein säuberlich mit denen zu verfahren, die ernsthafte Oppositionsneigung verspüren, hat anscheinend auf die Marxisten ernüchternd gewirkt. Man war längst zu der Auffassung gekommen, daß der gemeinsame Feind in der Harzburger Front zu suchen sei, der aber, so lange in sich uneinig, nicht zur unmittelbaren Gefahr wurde. Seit jener historischen Nacht des 30. Januar aber sieht man sich einer geschlossenen Front gegenüber, die anscheinend auch auf die Marxisten so starken Eindruck hervorgerufen hat, daß der Wunsch, das Kriegsbeil zu begraben, bei ihnen lebhafter erörtert wird.

Daß der Einigungsgedanke bereits praktische Ergebnisse herbeigeführt hat, konnte man schon beobachten. Im Preußischen Landtag stimmte die KPD mit der SPD gegen die Auflösung des Landtages. Das ist nicht wie von selbst gekommen. Die ursprüngliche Einstellung der KPD in dieser Frage war anders. Erst infolge geschickt geführter Verhandlungen wurde dieses überraschende Resultat erzielt. Als ein weiteres Zeichen der Entspannung darf es wohl angesehen werden, daß bei der letzten großen Kundgebung der SPD im Lustgarten sehr starke Züge der KPD teilnahmen und die Massen sich gegenseitig freundlichst begrüßten, was vor noch kurzer Zeit nicht möglich gewesen wäre.

Allerdings wäre es falsch anzunehmen, daß die Annäherung bereits zu einer Verständigung oder zu festen Abmachungen bei den bevorstehenden Wahlen führen könnte. Daran ist noch nicht zu denken, da für die KPD die Chancen viel günstiger liegen als für die SPD. Die Arbeitslosigkeit, für deren Behebung, wenn man von den Vorbereitungen dazu absieht, der „Silberstreifen" noch kaum zu sehen ist, führt die Massen leicht der radikalsten Partei zu, die in der Auswahl ihrer Agitationsmittel am wenigsten wählerisch ist. Die SPD hat, obschon sie sich heute auch radikaler gebärdet, noch unter den Folgen ihrer Tolerierungspolitik zu leiden. Hinzu kommt, daß die Ankündigung eines „Vierjahresplans" in allen Kreisen der Bevölkerung, besonders aber in der Arbeiterschaft enttäuscht hat, obwohl, wie wir im Aufwärts immer betont haben, es jedem Einsichtigen verständlich sein sollte, daß unser Elend und unsere Not nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist. Trotzdem kann sich dies alles am Wahltag nicht ganz nach Wunsch der bürgerlichen Parteien auswirken, um so mehr, wenn die marxistischen Parteien das Kriegsbeil begraben und, wenn auch ohne feste Abmachungen, mit gedämpftem Trommelklang in den Wahlkampf ziehen. Mit letzterem ist zu rechnen.

Rudolf Breitscheid, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, hat in diesen Tagen ebenfalls zu dieser Frage Stellung genommen und erklärt, daß für eine proletarische Einheitsfront infolge Verschmelzung der SPD und KPD zwar zurzeit noch alle Voraussetzungen fehlen, daß aber eine Verständigung über die gemeinsame Abwehr des Faschismus, verkörpert durch die gegenwärtige Regierung, wünschenswert und ein erstrebenswertes Ziel wäre. Das wünschen die Massen, und in den sozialdemokratischen Instanzen, sagt Breitscheid, gäbe es niemanden, der diesen sehnlichen Wunsch nicht teile. Der Möglichkeit der Verwirklichung ständen allerdings noch Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen, die ihre Ursache in den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über die von der SPD in der Zeit nach dem Kriege verfolgten Politik haben. Breitscheid betont, die Sozialdemokratie wollte den Staat der Weimarer Verfassung als das Fundament des sozialistischen Aufbaues benutzen, die Kommunisten lehnten diesen Staat grundsätzlich ab. Ihr Ziel ist die Diktatur des Proletariats, während die Sozialdemokratie nach Breitschreid die Wiederherstellung und Sicherung der Demokratie will. Trotzdem will auch Breitscheid die Verständigung, und wenn sie auch nur erreichbar sei in Form eines Waffenstillstandes oder eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Parteien.

Schließlich ist diese Frage nicht nur eine Angelegenheit der Parteien, sondern geht auch in starkem Maße auf die freien Gewerkschaften über. Alle Vereinbarungen der beiden Parteien würden der Einigung wenig nützen, wenn etwa die Kommunisten fortfahren wollten, mit ihrer sogenannten „Roten Gewerkschaftsopposition" diese Waffe der Arbeiterschaft abzustumpfen. Die kommunistische Gewerkschaftsleitung hat sich deshalb mit der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Verbindung gesetzt, um das Gebiet zu sondieren. Leicht wird eine Verständigung nicht sein, da die KPD sich fest im Sattel fühlt und in weitgehender Weise die aus einer Verständigung sich ergebenden Zukunftsmöglichkeiten für sich in Anspruch nimmt. Was sie vielleicht williger machen könnte ist die Furcht vor einer Auflösung der Partei durch die gegenwärtige Regierung.

Angesichts der Tatsache, daß bei den marxistischen Parteien der Wunsch nach Verständigung lebhaft erörtert und in irgendeiner Form sich bei den Wahlen auswirken wird, sollten auch die bürgerlichen Parteien möglichst alles Trennende beiseite lassen, um durch Einigkeit das vollbringen zu suchen, was bisher keiner Partei gelungen ist: entscheidend gegen die marxistische Front vorzudringen. Daß das keine leichte Arbeit ist, soll hier, gegenüber leichtgläubigen Theoretikern, ganz offen ausgesprochen werden. Die Sozialdemokratie hat, vorbildlich für andere, es verstanden, in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen und in den Parteiorganisationen sich ein festes Fundament zu schaffen mit langjährig geschulten Agitatoren, tätig bis in die kleinsten Ortsgruppen und Betriebszellen hinein, die mit der Taktik vertraut und des Wortes mächtig, einen Machtfaktor darstellen, der, unterstützt durch die Not der Zeit, nicht leicht zu überwinden ist und gegen den manche Kämpfer der Neuzeit noch kleine Stümper sind, trotz allen guten Willens. Aber dieser Einbruch in die marxistische Front ist notwendig, wenn wir, da man nicht dauernd mit Bajonetten regieren kann, zu einer befriedigenden Stabilisierung unserer innerpolitischen Lage kommen wollen, ein Ziel, was m. E. nicht durch Verbote oder Anwendung anderer Machtmittel zu erreichen ist, sondern durch Gerechtigkeit und geistige Ueberwindung des Marxismus. Je eher und besser das gelingt, je eher werden die unhaltbaren Zustände der Jetztzeit gemildert. Eine bedeutsame Schwächung der Marxisten ist nicht nur um der in Zukunft bedeutungsloser werdenden parlamentarischen Arbeit notwendig, sondern eine weitere Stärkung der Marxisten könnte wohl zur Folge haben, daß beide Parteien in sich den Mut verspüren, mit außerparlamentarischen Mitteln sich an die Harzburger Front heranzuwagen. Ob ein solcher Versuch Aussicht auf Erfolg hätte, ist allerdings eine andere Frage. Ein solcher Versuch wird aber zur Unwahrscheinlichkeit, wenn die Kräfte der nationalen Konzentration in sich einig und geschlossen bleiben und möglichst noch erweitert werden. W. W.

## Zur kirchlichen Lage.

Von Pastor Wilm.

**Von neuen Wegen** (Fortsetzung).

Nicht weit entfernt von dem neuen Weg, der in dem vorangehenden Aufsatz im Anschluß an das Buch von M. Müller „Macht und Glaube" gezeichnet wurde, ist der Weg, welchen 21 Altonaer Pastoren eingeschlagen haben durch Veröffentlichung eines Bekenntnisses in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens. Es ist uns aus Mangel an Raum leider nicht möglich, dieses Bekenntnis ausführlich zu bringen. Zu beziehen ist es durch die „Christliche Volkswacht", Volkswacht-Verlag, Hamburg 5. Im Anschluß an den vorigen Artikel darf zunächst mit Freude festgestellt werden, daß dies Bekenntnis in seiner Haltung durchaus die Toleranz aus Glauben, wie sie Mich. Müller fordert, vertritt. Das besondere Neue, auf das hier hingewiesen werden soll, liegt in dem Akt des Bekennens selbst. Es hat ja freilich auch früher, abgesehen von öffentlichen bekennenden Aeußerungen auf katholischer Seite in Hirtenbriefen usw. evangelische Kundgebungen durch den E. O. K. oder durch Kirchentage gegeben. Aber diese sprachen meist zu allgemein in wohl abgewogenen Worten Wahrheiten aus, welche das öffentliche Leben schließlich doch nicht wirklich beeinflußten. Bei diesem Bekenntnis ist es anders zugegangen. Es wurde vorher angekündigt und in einem Gottesdienst in der Hauptkirche in Altona veröffentlicht. Es will etwas heißen, wenn man von dieser — unseres Wissens nicht gerade kirchlich sehr lebendigen — Gegend hört, daß Tausende dem Ruf folgten, um zu hören, was Christus dieser Gegenwart zu sagen hat und Hunderte draußen umkehren mußten, weil die Kirche nicht Raum genug hatte.

Das Bekenntnis besteht aus fünf Artikeln. In dem ersten Artikel von der Kirche wird die Kirche die durch Gott jetzt geschehendes Wort aufgerufene Schar genannt, in welcher Christus wahrhaft gegenwärtig ist. Das Wort hat in unsere Zeit und unsere Verhältnisse hineinzureden, deckt da unsere vielfache Ungerechtigkeit auf, stellt sie aber zugleich unter das Licht der Verheißung, daß Gott durch die Vergebung um Christi willen dieser Ungerechtigkeit mächtig ist. Diese Kirche ist für alle da. Besonders bemerkenswert ist der Satz: „Wenn jemand bei militärischen, staatlichen oder parteilichen Festen die Kirche nur dazu haben will, um durch die Feierlichkeit das Fest zu heben, so mißbraucht er die Kirche. Wird die Kirche zu solchen Festen gerufen, dann hat sie nichts anderes zu verkünden, als Gericht und Verheißung, und zwar nicht an andere, sondern denen, die da sind." Ebenso der andere Satz: „Wird von der Verkündigung des Pastors erwartet, daß er eine bestimmte Wirtschaftsform, den Krieg oder den Frieden, den Waffendienst oder die Kriegsverweigerung rechtfertigen oder bestätigen soll, wird vom Pastor verlangt, daß er den Heldentod fürs Vaterland unbedingt als seligen Tod ansprechen soll — der verleitet ihn zur Verleugnung des Herrn Christus und seines Erlösungswerkes."

In Artikel 2 werden die Grenzen des Menschen aufgezeigt. Bei aller Hochachtung vor den Leistungen des Menschen in Technik und Wirtschaft sollen die Augen nicht verschlossen werden vor den Nöten, die gerade durch unsere Höchstleistungen in Krieg und Frieden über uns gekommen sind. Der Traum eines irdischen Weltreiches der Gerechtigkeit, sei es nun, daß dasselbe als klassenlose Gesellschaft oder als nationaler Zukunftsstaat erhofft wird, erfährt hier Ablehnung. Den Zustand, in welchem Leistung und Lohn sich wirklich entsprechen, der Krieg aufhört und es wahrhaftes Recht gibt, hat Gott der neuen Welt vorbehalten, die er durch Jesus Christus unsern Herrn geben wird.

In Artikel 3 vom Staate wird gesagt, daß es keine Staatsform gibt, welche man die einzig richtige nennen kann. Der pflichtmäßige Gehorsam gegen die Obrigkeit hat seine Grenze in dem Wort: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen."

In Artikel 4 von den Aufgaben des Staates wird der Krieg als Verteidigungskrieg bejaht. Als Deutsche stehen wir zu dem Lebensrecht und der Lebenspflicht unserer Nation. In der Not der Arbeitslosigkeit und der Zerrüttung der Wirtschaft hat die Obrigkeit die unbedingte Pflicht, Hilfe zu schaffen. Die Parteien ge-

fährden den Glauben an Gott und den Bestand des Staates, wenn sie zu politischen Konfessionen geworden sind.

In Artikel 5 von den Geboten Gottes wird auf Grund des ersten und zweiten Gebotes gefordert, daß jeder Staat seine Religion haben muß, auf Grund des dritten, die Entlastung der Feiertage von wirtschaftlicher und politischer Betriebsamkeit, — auf Grund des vierten, die Achtung vor der Obrigkeit, — des fünften, die Warnung vor dem Verbrechen gegen das Leben — des sechsten, die Heilighaltung der Ehe. Als wahrhaft politische Tat wird es angesehen, wenn die Parteien in eigenen Reihen Sittenlosigkeit und Ehebruch ächten würden. Das siebte Gebot gibt Anlaß, die Arbeit als göttliche Ordnung hinzustellen und zu erklären, daß es Sünde ist, wenn sich jemand bei der herrschenden Arbeitslosigkeit beruhigen kann. Ein indirekter Hinweis auf das 8. Gebot ist in dem gerade heute bemerkenswerten Satz enthalten: „Wir verwerfen es als Sünde, wenn der Raub der Ehre politisches Propagandamittel wird, wenn der Unternehmer dem Arbeiter, der Arbeiter dem Unternehmer, der Reiche dem Armen, der Arme dem Reichen ehrlos ist.

Das Bekenntnis gründet sich deutlich erkennbar auf ein gläubiges, kraftvolles Luthertum. Darum, weil das Bekenntnis hier nicht ausführlich wiedergegeben ist, verbietet sich eine eingehende Besprechung des einzelnen. Das Evangelium läßt uns Freiheit, bezüglich des Krieges oder einer Staatsreligion eine andere Haltung einzunehmen, als dies hier geschieht. Auch die eschatologische Hoffnung, das Kommen des Reiches Gottes auf Erden als der neuen Wirklichkeit, das Gebot der Liebe als die aus dem Evangelium quellende neue Gewalt hätte vielleicht dem christlichen Volke noch etwas näher vor Augen gerückt werden können, als es hier geschieht. Wichtig und sehr dankenswert ist es aber, daß hier überhaupt von einer evangelischen Körperschaft so klar und deutlich bekannt wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieser Weg auch sonst von evangelischen Körperschaften (es brauchen nicht nur Pastoren zu sein) beschritten wird. Unser evangelisches Volk hungert nach Führung und eine Verschiedenheit im Bekennen braucht da, wo das Reich Gottes zur Hauptsache gemacht wird, nicht Anlaß zum Streiten zu geben, sondern auch die Verschiedenheit könnte mithelfen zu der lebendigen Bewegung, welche wir für unser kirchliches Leben ersehnen.

## Presse — Goldwährung — Weltwirtschaftskonferenz.

In der „Umschau" am 9. Februar wurde in erfrischender Deutlichkeit gezeigt, wie entscheidend die Politik der Reichsregierung jederzeit von der Reichsbank beeinflußt wird, und wie die internationale Hochfinanz jederzeit die Hand dabei im Spiel hat. Zugleich wurde auf die Unmöglichkeit einer vernünftigen Willensbildung des Volkes in Wirtschaftsfragen und in den Fragen der politischen Politik hingewiesen, weil die Presse dem Wink der Finanz jederzeit gehorchen muß. Die großen Tageszeitungen sind auf die Annoncen der Unternehmungen angewiesen, und die Wirtschaftsbetriebe sind wiederum von den Krediten abhängig, über die die Reichsbank zu verfügen hat. Die Reichsbank wünscht aber keine Auseinandersetzungen über währungspolitische Fragen, und darum müssen sie in der großen Presse unterbleiben. Dem Drängen der Abonenten nachgebend, sind die Zeitungen allerdings gezwungen, doch einmal über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Geldverwaltung zu berichten. Wie das dann aber geschieht, darüber kann man, wenn man sich jahrelang bemüht hat, ein eigenes wirtschaftspolitisches Urteil zu gewinnen, in helle Wut geraten. Es erscheinen Artikel, die der Wahrheit nahekommen, aber sie sind lang und mit Fachausdrücken dermaßen gespickt, daß der Laie sie überhaupt nicht, der Fachmann sie nur mit Mühe verstehen kann. Es ist, als ob die Verfasser zunächst nach möglichst unbekannten Ausdrücken für bekannte Dinge gesucht hätten. Die Leser werden nach kurzer Bemühung, in den Inhalt einzudringen, die Auseinandersetzung fortlegen mit dem Urteil: Unlogisches Zeug, darum abzulehnen! Dann erscheinen Artikel, die die bestehende Ordnung verteidigen. Sie sind kurz, klar und verständlich geschrieben und enthalten nur das, was unanfechtbar ist. Selbstverständlich hat ein System, das Jahrhunderte in der Praxis bestanden hat, auch vieles, was sich vor der Kritik nicht zu verstecken braucht. Der Leser versteht alles, was da gesagt wird, er sieht die Richtigkeit des Gesagten auch voll ein und ist nun mit seinem Urteil fertig: Sehr vernünftig, darum anzuerkennen. In ein solches System passen die Arbeiten sachkundiger Männer, die die Wahrheit in schlichter, verständlicher Weise sagen, nicht hinein. Sie erleben mit ihren Beiträgen, durch die sie dem Volk dienen wollen, überall Ablehnung. Doch leben wir immer noch im Zeitalter der „Pressefreiheit".

Immer wieder wird dem stillen Beobachter deutlich daß dann, wenn in der Außenpolitik Wichtiges zur Entscheidung steht, in der Presse Innenpolitisches aufgebauscht wird, und wenn es in der Innenpolitik um Fragen geht, die die Zukunft des Volkes berühren, sehr oft die Aufmerksamkeit des Publikums auf weltpolitische Vorgänge gelenkt wird. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das ganz bewußt geschieht. Augenblicklich steht in der Weltwirtschaft eine ungeheuer wichtige Angelegenheit zur Verhandlung, die Frage nach der Zurückführung aller Staaten zur Goldwährung. In London wird die Weltwirtschaftskonferenz zusammentreten, und der vorbereitende Ausschuß hat diesen Punkt als den wichtigsten bezeichnet und ihn als ersten auf die Tagesordnung gesetzt. Unsere Zeitungen haben die Nachricht gebracht, aber ohne jeden Kommentar, als ob es sich um eine Belanglosigkeit handelt, die uns nichts angeht. Ich kann nicht denken, daß die Sache unserer Reichsregierung belanglos sein kann. Der Nationalsozialismus hat von Anfang an den Kampf gegen die Goldwährung mit Energie aufgenommen. G. Feder hat der Sozialdemokratie bei der Annahme des Dawesabkommens, das uns wieder an die Goldwährung kettete, sehr harte Worte zugerufen. Hitler wird jetzt als Reichskanzler doch unmöglich schweigend zusehen wollen, wie die Welt wieder in die Verfügungsgewalt der goldenen Internationale zurückgeführt wird. Er muß jetzt erklären, daß auch wir die goldenen Fesseln ablegen wollen. G. Feder nennt in seinem Wirtschaftspragramm die „Brechung der Zinsknechtschaft" die stählerne Achse, um die sich das ganze Programm dreht, und noch in der Ausgabe von 1932 steht das Wort Hitlers, daß die NSDAP mit diesem Programm ihren Katechismus bekommen habe. Nun wird kein Mensch behaupten wollen, daß bei einem Verbleiben bei der Goldwährung eine Brechung der Zinsknechtschaft möglich ist. Reichskanzler Hitler wird sich mit seinem Tun doch nicht in krassen Widerspruch zu seinen Worten setzen wollen? Die Vertreter Deutschlands haben im vorbereitenden Ausschuß als erste den Antrag auf allgemeine Wiedereinführung der Goldwährung gestellt. Wird die Regierung die beiden Vertreter abberufen? Hitler muß wünschen, in dieser Frage das ganze Volk geschlossen hinter sich zu haben. Ihm steht der Rundfunk allerdings zur Verfügung, aber die Presse wird sich ihm auf Befehl der Reichsbank versagen. Vielleicht wird er sich in diesem Augenblick wirklich noch nicht durchsetzen können, aber er dürfte keinen Zweifel darüber lassen, daß er aufgeschoben nicht als aufgehoben betrachtet.

Welches Gewicht könnten wir heute auf der Weltwirtschaftskonferenz haben, wenn wir nicht durch die Goldwährung gebunden wären. England steht infolge seines Abgehens vom Goldstandard in einer beneidenswerten und umworbenen Stellung da. Beide Präsidenten Amerikas bemühen sich krampfhaft, es zur Aufgabe seiner Haltung zu veranlassen. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Amerika zur Streichung der interalliierten Schuldverpflichtungen bereit ist, wenn England seinem Wunsche nachkommt. Wie groß muß das Interesse Amerikas und seiner Großfinanz an der Regelung dieser Angelegenheit sein, wenn es ein so ungeheures Angebot macht. Ich zweifle nicht, daß England endlich einwilligen wird, bietet sich ihm hier doch eine Gelegenheit, einen Teil seiner weltfinanzpolitischen Machtstellung der Vorkriegszeit wiederzugewinnen.

Wäre uns hier nicht auch eine Chance gegeben, die ein Staatsmann Bismarckscher Art sicher ausnützen würde? Ich möchte sehen, wie die Bombe einschlagen würde, wenn unsere Vertreter auf Befehl der Reichsregierung erklären würden: „Wir stellen uns an Englands Seite, auch wir gehen vom Goldstandard ab!"

Zwar bindet uns der Youngplan, in dem wir uns verpflichtet haben, bis zum Jahre 1974 bei der Goldwährung zu bleiben. Aber ist ein solches Abkommen nicht allein unsinnig, sondern auch im höchsten Grade unsittlich? Hat ein Geschlecht das Recht, die wirtschaftliche Freiheit nicht nur seiner Kinder, sondern auch die Seiner Enkel zu verkaufen? Nimmermehr! Um unserer Verantwortung willen vor unserem Volk und vor der Geschichte sagen wir uns los von jeglicher Bindung, die uns aus dem heute als falsch erkannten Argument von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege auferlegt worden ist! Das ist die Sprache, die wir von Hitler erhoffen, die die Welt fürchtet. Ob heute sich noch eine Front gegen uns zusammenfinden würde? Eine Solidarität der Gegenmächte ist nicht mehr vorhanden; denn England würde sich sofort als Lügner hinstellen, wenn es uns das verwehren wollte, was es selbst für sich in Anspruch nimmt.

Allerdings müßte Hitler das ganze Volk hinter sich haben, und hier wird es sich erweisen, ob er der große Staatsmann ist, für den seine Anhänger ihn halten. Wenn er wirklich der Mann ist, auf den Deutschland gehofft hat, dann werden seine Mitarbeiter im Kabinett bald zu seinen Gehilfen werden, während sie heute in ihren Ministerien in unbehinderter Weise nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Der wahre Führer zwingt alle Kräfte zu freudiger Mitarbeit in seine Bahnen. Im Besitz der staatlichen Gewalt und aller Agitationsmöglichkeiten würde es ihm ein leichtes sein, das ganze Volk in seinen Bann zu ziehen. Er lasse nur mündlich und schriftlich die Gedanken, wie sie der „Aufwärts" in seiner „Umschau" am 9. 2. über die Reichsbank brachte, in das Volk tragen, getreu dem Worte Bismarcks: „Alle Hunde müssen heulen, wenn der Staatsmann sich sein Ziel vorgenommen hat," und ich möchte die Wirkung sehen. Viele Millionen Menschen, die ihm heute noch mißtrauisch gegenüberstehen, weil sie an seine soziale Sendung nicht glauben können, würden ihm jubelnd zustimmen: Endlich ist er da, den man nicht mehr mundtot machen kann, der den Kampf aufnimmt gegen die unheimlichen Mächte der Weltfinanz, die die Menschheit zur Verzweiflung gebracht haben.

H. Vagts.

## 20 000 Flugblätter beschlagnahmt

**Bochum**, 21. Februar.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, wurde auf den Hinweis zweier Zivilpersonen in der Druckerei Maufisch eine Durchsuchung abgehalten, bei der 20 000 kommunistische Flugblätter mit der Ueberschrift: „Stürzt die Papen-Hitler-Hugenberg-Diktatur" beschlagnahmt wurden. Der Druckereibesitzer und ein Drucker wurden festgenommen und der politischen Abteilung des Präsidiums zugeführt. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

## Wichtige Hinweise

zum Erwerb von Heimstättenland, möglichst ohne Geld.

Ein Auszug aus dem Reichsheimstätten-Recht.

Geschrieben wegen der vielen Anfragen — zur Ersparnis von Kosten für die Leser dieser Zeitung.

A. Erwerb:

1. Auf Grund des Artikels 155 der Reichsverfassung ist das Reichsheimstättenrecht von 10. 5. 1920, sowie das preußische Ausführungsgesetz vom 18. 1. 1924 nebst Ausführungsbestimmungen vom 25. 4. 1924 geschaffen.

2. Das Gesetz sieht zur Begründung von Reichsheimstätten einen Ausgeber vor.

3. Als Ausgeber kommt in erster Linie die Gemeinde (Stadt) in Frage.

4. Die Gemeinde ist verpflichtet, sobald das Bedürfnis für Reichsheimstätten nachgewiesen ist, Heimstättengebiete abzugeben oder sich solche durch Vorkaufsrecht oder Ankaufsrecht zu sichern. —

5. Ist geeignetes Land zu angemessenen Preisen freihändig nicht zu haben, kann der Bezirks-Wohnungskommissar gemäß § 28 des RHG und des preußischen Enteignungsgesetzes auf Antrag des Ausgebers entsprechendes Gelände enteignen. Falls eine gütliche Enteignung nicht erzielt wird, ist der Selbsteinschätzungspreis beim verbesserten Wehrbeitrag 1925 zugrunde zu legen.

6. Die Tätigkeit der Gemeinden hinsichtlich des Reichsheimstättenwesens wird von den übergeordnet. Organen (Kreis, Bezirksausschuß usw.) überwacht. Diese Behörden haben vor Entscheidungen im Reichsheimstättenwesen erfahrene Sachverständige als Gutachter zu hören. —

7. Der Anspruch auf Heimstättenland kann auch dann geltend gemacht werden, wenn die Heimstätte nicht sofort, sondern erst später errichtet werden soll, — das Land bis dahin als Garten benutzt werden soll. —

8. Die Reichsheimstätte soll im allgemeinen eine Größe von 300 bis 500 Quadratmetern haben; sie kann in Ausnahmefällen auf über 500 Quadratmeter vergrößert werden. —

B. Bindungen:

9. Die Reichsheimstätte wird als Eigentum des Heimstätters auf dessen Namen in das Grundbuch eingetragen mit dem Kaufpreis für das Grundstück und für das Gebäude (Haus, Stall, Werkstatt usw.)

10. Bei Veräußerung der RHSt. kann nur der Selbstkostenpreis für das Grundstück — gegebenenfalls zuzüglich der durch eigene Arbeit und Aufwendungen erzielten Bodenverbesserungen — unter Hinzurechnung des jeweiligen Gebäudewertes gefordert werden. Die Spekulation wird dadurch unterbunden.

11. Die RHSt. kann ohne Genehmigung des Ausgebers an Verwandte bis zum 3. Grade verkauft werden und auch an unmittelbare Verwandte bis zum 3. Grade vererbt werden.

12. Bei anderweitiger Veräußerung der RHSt. ist die Genehmigung des Ausgebers erforderlich.

13. Der Ausgeber kann gem. § 12 des RHG. den Heimfall fordern, wenn der Heimstätter sein Heim dauernd vorsätzlich vernachlässigt.

C. Vorteile:

14. Die RHSt. ist volles Eigentum des Heimstätters.

15. Die Gründung einer RHSt. ist grundsätzlich steuerfrei; es werden dadurch etwa 8 v. H. der Baukosten erspart (§ 36 des RHG.).

16. Die Reichsheimstätte kann nicht gepfändet werden, auch dann nicht, wenn der Heimstätter persönlich überschuldet ist. Sie bleibt somit der Frau, bezw. den Kindern dauernd erhalten, so daß der Familie die Heimat stets gesichert ist.

17. Bei Verteilung der Hauszinssteuer-Hypotheken sind Eigenheime, die in RHG. errichtet werden, zu bevorzugen. —

18. Die Straßenbaukosten können auf ein Mindestmaß gesenkt werden, weil die Straßen innerhalb einer RH-Siedlung nur leicht befestigt zu werden brauchen.

19. Die RHSt. braucht nicht an die Kanalisation angeschlossen zu werden. Abfälle und Abwässer aller Art können im eigenen Garten verwendet werden.

20. Bei Umzäunungen können keine unbilligen Forderungen gestellt werden.

D. Besondere Bestimmungen:

21. Gemäß Erlaß des preußischen Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 6. 4. 1919 soll der Flachbau im Hinblick der allgemeinen Besserung der Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse bevorzugt werden.

22. Baukostenzuschüsse sind auch für Holzhäuser nach denselben Grundsätzen wie bei den übrigen endgültigen Wohnbauten zu bewilligen, wenn Baustoff, Gefüge und Ausführungen den Anforderungen an endgültige Bauweisen entsprechen.

23. Die Hauszinssteuerordnung von 2. 7. 1926, Gesetzsammlung § 213, besagt, daß die Hauszinssteuerhypotheken insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen soll. Kinderreiche Familien und Schwerkriegsbeschädigte und insbesondere Kriegs-Blinde sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

24. Die preußischen Ausführungsbestimmungen gemäß Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungs-

# „Derselbe Topf mit demselben Brei!"

## Offene Worte in Genf. — Deutschland gegen weitere Verschleppungsmanöver.

Genf, 21. Februar.

Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz nahm nach längerer Pause seine Beratungen wieder auf, um die ihm vom Hauptausschuß zugeschobene Entscheidung in den grundsätzlichen Fragen der Abschaffung der Militärluftfahrt zu treffen. Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Brandenburg, und dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem spanischen Botschafter in Paris, Madariaga, der den Vorschlag machte, zunächst lediglich über die Internationalisierung und die Kontrolle der Zivilluftfahrt und über die Frage der Luftpolizei zu verhandeln.

**Die deutsche Delegation verlangte demgegenüber eine unverzügliche und klare Entscheidung über das allgemeine Verbot der Militärluftfahrt und des Luftbombardements. „Ich bin", führte Ministerialdirektor Brandenburg aus, „mit einer gewissen Zuversicht wieder zu dieser ersten Sitzung der Luftkommission nach Genf gefahren, und was finde ich nun als Vorschlag vor? Auf unserem Tisch steht scheinbar derselbe Topf mit demselben Brei, an dem wir während der ersten Phase der Abrüstungskonferenz sechs Monate herumgekratzt haben, ohne je einen Bissen genießen zu können. Alle Gespenster der Vergangenheit erwachen wieder; das Ballspiel zwischen dem Hauptausschuß und der Luftfahrtkommission, die hoffnungslosen Versuche, die politischen Entscheidungen des Hauptausschusses durch Eventualarbeiten der Generaldebatte zu erleichtern, all die unfruchtbaren Dinge, welche die Luftkommission und ihre zahlreichen Unterkomitees bearbeitet haben. Allzu häufig ist auf dieser Konferenz schon das Wort gebraucht worden: „Man darf nicht den Karren vor den Ochsen spannen!" Niemals hat es auf eine Situation bisher gepaßt bis auf diese.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung formuliert Ministerpräsident Brandenburg seine Anträge: Der Hauptausschuß müsse unverzüglich eine prinzipielle Entscheidung treffen, ob

**1. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfes und einer Reglementierung für die Zivilluftfahrt oder 2. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfes und einer Reglementierung sowie einer Kontrolle der Zivilluftfahrt oder 3. ein uneingeschränktes allgemeines Verbot des Bombenabwurfs durchgeführt werden soll.**

Die Diskussion über die deutschen Vorschläge, in der die französischen Staatengruppe unter Führung des Luftfahrtministers Pierre Cot ablehnend Stellung nahm, ergab einwandfrei, daß die Mehrheit der an der Konferenz beteiligten Staaten bei einer sofortigen Entscheidung darüber, ob die Militärluftfahrt unter dem Verbot der Reglementierung der Zivilluftfahrt allgemein verboten und das Luftbombardement allgemein abgeschafft werden soll, auch weiterhin wie in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz aus dem Wege gehen will. Der deutsche Vertreter ließ jedoch nicht locker und bestand auf Abstimmung.

**Es wurde sodann abgestimmt über die vom Präsidenten formulierte Frage, ob die Kommission gewillt sei, sich über die deutschen Vorschläge zu entscheiden, ehe man in eine Diskussion über die Bedingungen, unter denen die Militärluftfahrt eventuell abgeschafft und das Luftbombardement eventuell verboten werden könnte, eintrete. Die Mehrheit sprach sich gegen die sofortige Abstimmung über die deutschen Anträge aus.**

*

## Besprechungen mit Nadolny

### Neue Instruktionen für die deutsche Delegation nicht erforderlich.

Berlin, 21. Februar.

Der Führer der deutschen Abrüstungsdelegation, Botschafter Nadolny, hat im Verlaufe seines Berliner Besuchs mit dem Reichsaußenminister und mit dem Reichswehrminister Besprechungen gehabt. Wenn im Zusammenhang damit in einem Teil der Berliner Presse davon die Rede ist, der Botschafter habe neue Instruktionen von der Reichsregierung empfangen und weiter sogar von einer Konferenzkrise gesprochen wird, so sind diese Kombinationen völlig abwegig.

**Botschafter Nadolny hatte lediglich den Wunsch, nach wochenlanger Arbeit zu einer Aussprache nach Berlin zu kommen. Die der deutschen Delegation erteilten Instruktionen sind völlig ausreichend, zudem stehen ja auch Probleme nicht zur Erörterung.**

Die Aussprache gilt lediglich den Fragen des taktischen Vorgehens; prinzipielle Entscheidungen stehen überhaupt nicht bevor. Was die Frage der Vereinheitlichung der Heeresreform anbetrifft, so wird voraussichtlich Botschafter Nadolny beantragen, daß nicht entsprechend dem Vorschlage des französischen Ministers Cot die Generalkommission mit der Prüfung der Sache beauftragt wird, sondern die Effektivkommission.

## Stärkung der nationalen Kräfte

### Runderlaß des Reichskommissars Göring an die preußische Polizei.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat an alle Polizeibehörden folgenden Runderlaß gerichtet:

**Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, daß die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA., SS. und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, daß sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten. Darüber hinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen.**

Von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringendsten Fällen Gebrauch gemacht werden. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten.

**Gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.**

Der Schutz der immer wieder in ihrer Betätigung eingeengten nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Plünderungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikte und das sonstige strafbare Treiben der Ordnungsstörer.

Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung. Ich erwarte und hoffe, daß alle Beamten sich mit mir einig fühlen in dem Ziel, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Zerfall zu retten.

## Zinszahlung für Auslandskredite

### Runderlaß des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 21. Februar.

**Der Reichswirtschaftsminister hat durch einen Runderlaß den Devisenstellen die Grundsätze mitgeteilt, die für die Zinszahlung auf Kredite, welche nicht unter das Stillhalteabkommen fallen, sondern der Devisenbewirtschaftung unterliegen, maßgebend sind.**

Der Runderlaß enthält keine grundsätzliche Neuregelung, sondern stellt in erster Linie eine Zusammenfassung und nähere Ausgestaltung der für dieses Gebiet schon früher geltenden Grundsätze dar. Durch den Runderlaß ist für die Devisenstellen insbesondere klargestellt, in welcher Höhe im Einzelfall die Transferierung von Zinsen genehmigt werden darf.

**Die Transferierung wird nur in angemessener Höhe zugelassen,**

wobei für die kurzfristigen, noch nicht fälligen Kredite und für fällige Kredite allgemein die gleichen Sätze festgesetzt werden, welche die Stillhaltegläubiger erhalten, während bei mittel- und langfristigen Krediten in erster Linie die vertraglichen Abmachungen gelten und nur unangemessen hohe Zinsen nicht transferiert werden sollen, es sei denn, daß ein besonderer Härtefall auf Seiten des Gläubigers vorliegt.

Die bisher für die Frage der Transferierung von Zinsen geltenden Runderlasse sind durch den neuen Runderlaß ausdrücklich aufgehoben worden.

## Oesterreichs Nein

Wien, 21. Februar.—

Vizekanzler Winkler hielt auf dem Landesparteitag des Landbundes eine Rede in der er u. a. erklärte: „Die Regierung Dollfuß hat in diesen Tagen eine sehr schwere Krise zu bewältigen, da zwei Großmächte, Frankreich und England, offenbar inspiriert von der Kleinen Entente, die Hirtenberger Waffenaffäre zum Anlaß nahmen, um eine Note an Oesterreich zu richten.

**die einem Ultimatum gleichkommt, das meiner Ansicht nach vom Bundeskanzler abgelehnt werden muß.**

andererseits die Angelegenheit dazu zu benutzen, um das Lausanner Abkommen und die Möglichkeit der Einführung des Milizsystems in Oesterreich von der befriedigenden Regelung der Hirtenberger Affäre abhängig zu machen." (Stürmischer Beifall.)

## Rückreise Nadolnys

Berlin, 21. Februar.

**Botschafter Nadolny hat, nachdem er noch vom Reichskanzler Hitler empfangen worden ist, die Rückreise nach Genf angetreten.**

# Japan geht aufs Ganze

## Austritt aus dem Völkerbund beschlossen. — Vormarsch gegen China.

Genf, 21. Februar.

**Nach japanischen Mitteilungen hat die Regierung in Tokio soeben der japanischen Abordnung telegraphisch die Anweisung erteilt, im Falle der Annahme des Berichts des 19er Ausschusses durch die Völkerbundsversammlung den Austritt Japans aus dem Völkerbund zu erklären.**

Die Vertreter Japans auf der Abrüstungskonferenz haben darauf telegraphisch bei ihrer Regierung angefragt, ob Japan nach dem Austritt aus dem Völkerbund noch weiter an der Abrüstungskonferenz teilnehmen wird. Eine Antwort auf diese Frage steht noch aus.

**Nach einer weiteren Meldung aus Tokio will Japan in Kürze in Peking und Nanking die Zurücknahme der chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol und die Errichtung einer neutralen Zone zu beiden Seiten der Großen Mauer vorschlagen.**

Was die militärische Lage in Jehol betrifft, glaubt man in englischen Kreisen, daß etwa 100 000 Mann chinesische Truppen in Jehol stehen. Die Mehrzahl dieser Truppen, berichtet die „Times", sei kläglich ausgerüstet und schlecht bewaffnet. Südlich der Großen Mauer stünden weitere 100 000 Mann, die etwas besser ausgerüstet seien, doch glaubten die von einer großen Luftflotte unterstützten Japaner, daß sie ohne großen Widerstand in Jehol einmarschieren könnten. Es bestehe die Gefahr, daß Kampfhandlungen in Jehol Zwischenfälle an anderer Stelle verursachen würden, die zu einem Kriegszustand zwischen Japan und China führen müßten. Die Chinesen seien sich der Verletzbarkeit ihrer See- und Flußhäfen wohl bewußt.

## Angriff auf Jehol

Schanghai, 21. Februar.

**Nach einer Meldung aus Tschende, der Hauptstadt der Provinz Jehol, hat der japanische Angriff auf die Provinz in Richtung Tunsjau-Kailu und Tunsjau-Tanschan bereits begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen. Neue Kämpfe sind im Gange. Die Regierung der Provinz Jehol hatte vorher das japanische Ultimatum„ die Stadt Kailu freiwillig zu räumen, abgelehnt.**

Die mandschurische Regierung hat den stellvertretenden Kriegsminister General Tschinschungi zum Generalgouverneur der Provinz Jehol ernannt.

Japanische Bombenflugzeuge belegten die Station Kailu und drei andere Städte in Jehol mit Bomben. Gleichzeitig warfen die Flugzeuge Flugblätter an die Bevölkerung ab, in denen die chinesischen Truppen zum freiwilligen Abzug aufgefordert werden.

*

**Der Kaiser von Japan billigt die Politik Utschidas.**

Tokio, 20. Februar. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der japanische Kaiser die Politik des Außenministers Utschida vollkommen gebilligt habe. Auch die militärischen Maßnahmen gegen die Provinz Dschehol seien vom Kaiser gebilligt worden.

## Prohibition aufgehoben

### Aber die Bundesstaaten müssen noch zustimmen.

Washington, 21. Februar.

**Das Repräsentantenhaus hat ebenso wie der Senat die Annahme der Entschließung beschlossen, die sich für die Aufhebung der Prohibition ausspricht. Zur Inkraftsetzung der Vorlage bedarf es nunmehr noch der Zustimmung der Bundesstaaten.**

## Zanagara erhält 80 Jahre Zuchthaus

Neuyork, 21. Februar.

**Guiseppe Zanagara, der in Miami den Revolveranschlag auf den neugewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt verübt hat, ist zu einer Zuchthausstrafe in Höhe von 80 Jahren verurteilt worden. Dieses Urteil schließt noch nicht die Anklagen wegen des Anschlages auf Bürgermeister Cermak und Frau Gill ein.**

## Entlastung der Verkehrswirtschaft

### Steuererlaß für die Wintermonate oder Prämiengewährung für Vorausbezahlungen?

Berlin, 21. Februar.

Wie verlautet, wird augenblicklich im Reichsfinanzministerium ein Referentenentwurf über die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer erörtert, der am 1. April in Kraft treten soll. Dabei handelt es sich offenbar vor allem um die Verwertung von zwei Gedanken.

**Das ist erstens der Erlaß der Steuer für mehrere Monate, wenn sie für den übrigen Teil des Jahres bezahlt ist. Auf diese Weise würde verhindert, daß aus Ersparnisgründen im Winter eine so große Anzahl von Wagen stillgelegt wird, wie in den letzten Jahren und zugleich würden damit Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.**

**Das zweite Prinzip, dessen Anwendung überlegt wird, ist die Gewährung von Prämien für Vorauszahlungen. Das heißt, man will durch Nachlässe einen Anreiz zu größeren Vorauszahlungen bieten. Auch dieses System würde naturgemäß eine Senkung der Steuer bedeuten.**

Beabsichtigt ist die Länder für den Ausfall durch entsprechende Abzweigungen aus den Treibstoffzöllen zu entschädigen.

**Der letzte Ministerpräsident des Königreichs Spanien gestorben.** Admiral Juan Bautista Aznar, der letzte Ministerpräsident des Königreichs Spanien, ist am Sonntag gestorben.

not vom 9. 12. 19, R.-G.-Bl. § 1968 besagt, daß in erster Linie im Eigentum der Gemeinden befindliche Gelände zu angemessenen Preisen für die Errichtung von Eigenheimen zur Verfügung zu stellen ist.

25. Der Kaufpreis für das Reichsheimstättenland kann auch „kapitalisiert" werden. Das heißt: ins Grundbuch als Schuld eingetragen werden und in Form von Pacht abgetragen werden.

Vielfach ist in der vergangenen Zeit entgegen diesen Bestimmungen verfahren. Selbst von den sog. berufenen Stellen. Das lag an dem immer noch schädlich starken kapitalistischen Geist. („Kapitalistisch" ist Leben-wollen von Anderleuts Kraft.) Das wandelt sich jetzt durch den Geist der Zeit, der Not heißt. Die Enterbten haben nichts mehr und können darum auch Land nicht mehr kaufen — gegen Geld. Und können auch nichts mehr an Geld erarbeiten, weil in der heutigen Wirtschafts-„Ordnung" die Arbeit fehlt.

Heinrich Dolle, Siedler im Heilgrund zu Kleinenberg bei Scherfede in Westfalen.

## Hinweis.

**Evangelische Haushaltungsschule in Ortenburg (Niederbayern).**

Ortenburg bei Passau ist die einzige evangelische Gemeinde in dem so gut wie ganz katholischen Niederbayern, die auf die Zeit der Reformation zurückgeht. Im Jahre 1563 wurde dort die Reformation von dem Grafen Joachim unter großen persönlichen Opfern durchgeführt. Seit dieser Zeit ist Ortenburg inmitten einer rein katholischen Umgebung evangelisch. Zwei Anstalten sind dort für die evangelische Kirche von Bedeutung: die Konfirmandenanstalt, die Kinder aus der Diaspora aufnimmt und die Haushaltungsschule, die im Jahre 1914 ein wunderschönes nach modernen Gesichtspunkten gebautes Heim gefunden hat. Sie kann etwa 50 Schülerinnen aufnehmen. Für gediegene Erziehung in evangelischem Geiste und gewissenhafte Ausbildung ist alle Gewähr gegeben. Auf das Inserat in der heutigen Nummer wird empfehlend hingewiesen.

# Oesterreich wehrt sich

**Berlin, 21. Februar.**

Das Haus am Wiener Ballplatz ist wieder einmal in den Brennpunkt der ganz großen Politik gerückt. Alle Welt ist gespannt darauf, wie das kleine Oesterreich das englisch-französische Ultimatum in der Hirtenberger Waffenaffäre beantworten wird. Abgesehen von Frankreich und seinen in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen Vasallenstaaten ist man allgemein der Auffassung, daß sich kein Staat, und mag er noch so klein sein, eine solche entwürdigende Behandlung gefallen lassen kann. Vielfach wird auch die Ansicht vertreten, daß die Angelegenheit über Gebühr aufgebauscht worden ist, und zwar offenbar aus dem einzigen Grund, um der Welt begreiflich zu machen, daß man es Frankreich unter diesen Umständen nicht verargen könne, wenn es auf der Genfer Konferenz den „zu weitgehenden" Abrüstungsforderungen Widerstand entgegensetzt.

Erfreulicherweise denkt man in Wien keineswegs daran, sich dem Pariser Diktat zu beugen. Nach den Erklärungen des österreichischen Vizekanzlers Winkler auf dem Landesparteitag des Landbundes in Klagenfurt und des christlichsozialen Regierungsblattes „Reichspost" ist mit einer Ablehnung der unbegründeten beleidigenden und ungewöhnlichen Forderungen der französischen Note zu rechnen. Oesterreich denkt nicht daran, sich dem Kommando von Paris und Prag zu unterwerfen. Diese entschiedene Stellungnahme, die vom Standpunkt eines souveränen Staates nur selbstverständlich ist, wird freilich nicht bedeuten, daß Oesterreich irgendwie für eine Verschärfung des von der Kleinen Entente inszenierten Konflikts um die Hirtenberger Waffensendung verantwortlich gemacht werden könnte; Oesterreich wird die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zuschlagen, aber es wird jede politische Ausbeutung dieser privaten Angelegenheit, jede drohende Geste mit jener ruhigen Würde zurückweisen, die es als traditionsbewußter Kulturstaat auch in den gefährlichsten Krisen nicht verloren hat. Vielleicht kann man in dieser Rede nicht nur die Absage an die Kleine Entente, sondern auch die Ankündigung einer langsamen Rückkehr des Kabinetts Dollfuß zu dem deutschen Kurs der früheren österreichischen Regierungen erblicken.

Die entschiedene Haltung der Wiener Regierung wird von der österreichischen Oeffentlichkeit fast durchweg gebilligt. Die Wiener Zeitungen bestätigen ausdrücklich, daß die österreichische Regierung die Note ablehnen und nachweisen werde, daß Oesterreich den Friedensvertrag nicht verletzt habe. Oesterreich werde auch keine wie immer geartete eidesstattliche Erklärung abgeben und es werde gegen den Ton der Note protestieren, der das souveräne Oesterreich zu einem Vasallenstaat degradiere. Es werde sich wohl kaum vermeiden lassen, daß die Angelegenheit vor dem Völkerbund aufgerollt werde.

Mit besonderem Nachdruck erinnern die Wiener Blätter daran, daß die von Oesterreich geforderte eidesstattliche Versicherung eine dem modernen Völkerrecht fremde Form ist und zum letzten Male bei Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Frankreich und der Schweiz 1777 zur Anwendung kam. Im übrigen wird auch heute erklärt, daß zwischen dem italienischen Absender der Waffen und der Hirtenberger Patronenfabrik ein privates Geschäft abgeschlossen worden ist. Die österreichische Regierung könne der Hirtenberger Patronenfabrik nahelegen, die Waffen an den italienischen Absender zurückzuschicken; sie könne verhindern, daß die Waffen einem dritten Staat geliefert würden, aber sie könne von der Hirtenberger Patronenfabrik nicht verlangen, daß diese die mit der Waffenvernichtung zusammenhängenden enormen materiellen Schäden auf sich nehme.

Wie die „Neue Freie Presse" berichtet, wird die österreichische Regierung nach Ablauf der von Frankreich und England erbetenen Frist, ohne daß dieses auf einen bestimmten Tag festgesetzt sein müßte, den anfragenden Staaten über die zu diesem Zeitpunkt gegebene Sachlage entsprechende Informationen geben. Sollte die österreichische Antwort nicht genügen, so müßte abgewartet werden, welche weiteren Schritte die anfragenden Staaten unternehmen würden. Unter diesen Schritten würde wohl in erster Linie die Einholung eines Votums des Völkerbundsrats in Frage kommen.

In Berlin und in Wien mußte es notgedrungen großes Befremden erregen, daß das Ultimatum an Oesterreich nicht nur die Unterschrift Frankreichs trug, sondern auch die ausdrückliche Zustimmung Englands gefunden hatte. Allem Anschein nach hat man in London die Tragweite dieses Schrittes nicht überlegt und ist jetzt um so mehr überrascht, daß die Angelegenheit eine solche Zuspitzung erfahren hat. In den Londoner Blättern wird versucht, das Ultimatum als eine Bagatelle hinzustellen, die „gar nicht so ernst gemeint" gewesen sei. Die Absicht der englischen Regierung sei, so meint der „Daily Telegraph", lediglich gewesen, die Wiener Regierung auf die unangenehmen Konsequenzen aufmerksam zu machen, die für Oestrreich daraus entstehen müssen, wenn die übrigen Signatarmächte des Friedens von St. Germain ihm Verfehlungen gegen die Friedensbestimmungen vorwerfen können. Englands Absicht sei also gewesen, in Wien eine „freundliche Warnung" zu geben. Man bedauert jetzt in London, daß das englische Kabinett nicht eine eigene Note mit eigener Fassung nach Wien gesandt hat.

Der eigentliche Beweggrund, weshalb England die Note an Oesterreich mit unterzeichnet hat, ist darin zu suchen: England wollte vermeiden, daß die Streitfrage zu einer langwierigen Auseinandersetzung vor dem Völkerbundsrat führen könnte. Eine derartige Entwicklung hätte nach englischer Auffassung die ruhige Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen ernstlich gefährden können. Aus diesem Grunde hatte England auch angeregt, daß die Angelegenheit ganz still und heimlich, „ohne Beunruhigung der Oeffentlichkeit" erledigt werden sollte. Daß dabei Oesterreich auf die Knie gezwungen und gedemütigt werden sollte und den französischen Plänen erneut Vorschub geleistet werden würde, schien England wenig zu kümmern! Durch die Redseligkeit der tschechischen Minister im Prager Parlament ist den Engländern ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Nun werden sie sich damit abfinden müssen, daß die österreichische Regierung sich gegen die ihm zugedachte erneute Knebelung zur Wehr setzt, seine Souveränität vor aller Welt verteidigt und die gegen Oesterreich erhobenen Vorwürfe in aller Form zurückweist.

# Die Reichswahlvorschläge

**Berlin, 21. Februar.**

Beim Reichswahlleiter sind folgende Reichswahlvorschläge fristgemäß eingereicht worden:

**Nr. 1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (Hitler-Bewegung);
**Nr. 2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands;**
**Nr. 3 Kommunistische Partei Deutschlands;**
**Nr. 4 Deutsche Zentrumspartei;**
**Nr. 5 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot;**
**Nr. 6 Bayerische Volkspartei;**
**Nr. 7 Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst** (Evangelische Bewegung, Deutsche Bauern-Partei, Deutsch-Hannoversche Partei);
**Nr. 11 Württembergischer Bauern- und Weingärtner-Bund** (Landbund);

ferner ein Reichswahlvorschlag mit der Parteibezeichnung „Sozialistische Kampfgemeinschaft".

Ueber die Zulassung der Reichswahlvorschläge entscheidet der Reichswahlausschuß in seiner Sitzung am heutigen Dienstag.

# Förderung der Kleinsiedlung

**In Preußen 8400 Siedlerstellen fertiggestellt und 5600 in Bauausführung begriffen.**

**Berlin, 21. Februar.**

Nach einer Mitteilung über den Stand der Kleinsiedlung sind seit Inangriffnahme der vorstädtischen Kleinsiedlung in Preußen mit Hilfe von Reichsmitteln insgesamt rund 8400 Siedlerstellen fertiggestellt worden. Außerdem sind noch rund 5600 Stellen in der Bauausführung begriffen. Die Vorarbeiten zur Errichtung von weiteren 2100 Siedlerstellen sind soweit vorgeschritten, daß mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten.

**Da die Nachfrage nach weiteren Siedlerstellen außerordentlich groß ist und andererseits die Kleinsiedlung alle Erwartungen erfüllt hat, hat die Reichsregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Bereitstellung weiterer Mittel zur Fortführung der Stadtrandsiedlung beschlossen. Die Mittel sollen schon in nächster Zeit auf die Versahrensträger verteilt werden.**

# Politischer Zusammenstoß

**in Kaiserslautern.**

**Vier Schwerverletzte, eine Anzahl Leichtverletzte.**

Kaiserslautern, 20. Februar. Nach Schluß der am Montag abend hier stattgefundenen Zentrumskundgebung, auf der u. a. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach, kam es während des sich anschließenden Fackelzuges zu schweren Schlägereien zwischen Versammlungsteilnehmern und politischen Gegnern, wobei von bisher unbekannter Seite eine Anzahl Schüsse fiel, durch die vier Mitglieder der Pfalzwacht so schwer verletzt wurden, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Ferner gab es eine Anzahl Leichtverletzte, darunter mehrere Nationalsozialisten. Die auswärtigen Teilnehmer der Versammlung konnten nur unter starkem Polizeischutz die Stadt verlassen.

## Zwei Tote bei politischen Schießereien

**Rostock, 20. Februar. Sonntag abend kam es in Bad Doberan auf dem Schützenplatz anläßlich eines Reichsbannertreffens, an dem auch Kommunisten teilnahmen, zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die von einem SA.-Aufmarsch in Rostock zurückkehrten. Als die beiden Züge aufeinanderstießen, wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Zwei Nationalsozialisten und neun Reichsbannerleute mußten schwerverletzt nach Rostock in die Klinik übergeführt werden. Zwei Reichsbannerleute sind inzwischen verstorben.**

# Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. **Bodenreform und Siedlung."** Wir machen die Bielefelder und Betheler Leser noch einmal aufmerksam auf den Diskussionsabend, der heute (Dienstag) abend 8 Uhr in der **Eintracht** zwischen dem Bodenreformer Dr. Damaschke und Reg.-Rat Dr. Wenzel, einem Vertreter des Grundbesitzes, stattfindet.

## Enthaltsame Kraftfahrer.

Der im Jahre 1926 in Schweden gegründete Verband enthaltsamer Motorfahrzeugführer zählte im Jahre 1927 bereits 1000 Mitglieder, und heute hat er über 8000. Er ist überhaupt der größte schwedische Kraftfahrerverband und hat jetzt 170 Ortsgruppen. **„Die Presse erweist sich für Aufrufe, Warnungen und Mitteilungen des Verbandes als überaus willfährig."** Dieser hat eine eigene Geschäftsstelle mit 5 Angestellten in Stockholm, eine in hoher Auflage erscheinende Zeitschrift, erhält beträchtliche Staatsbeihilfen usw. Bei uns in Deutschland gibt es erst ein paar kleine Ortsgruppen enthaltsamer Kraftfahrer, und die Mitglieder dürfen und mögen sich vielfach kaum mit ihrem alkoholgegnerischen Fachabzeichen sehen lassen, weil ihre alsbald sich zeigende Bevorzugung (!) durch die Fahrkundschaft ihnen als unkollegial ausgelegt wird.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON No 1306

Junges, braves
**Mädchen**
welches Liebe zu Kindern hat und im Haushalt mithilft, bei Taschengeld zum 1. 3. gesucht. Zuschriften unter A 3121 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

**Heimleiterin**
mit langjähriger Erfahrung und besten Zeugnissen, sucht wegen Auflösung des jetzt geleiteten Heims neue Betätigung. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 3125.

**Evangelische Haushaltungsschule**
**Ortenburg bei Passau (Niederbayern)**
Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule für Mädchen von 14—16 Jahren.
Hauswirtschaftliche Frauenschule für Mädchen von 17 Jahren ab.
Schule in herrlicher Lage am Wald, gesundes neuzeitliches Haus mit großem Garten. Gründlicher hauswirtschaftlicher Unterricht durch staatlich geprüfte Lehrkräfte. Gelegenheit zur Weiterbildg. in Sprachen, Musik und Stenographie. Sorgfältige Erziehung in evangelischem Geiste. Leitung: Augsburger Diakonissen. Beginn des Kurses nach Ostern. Pensionspreis einschließlich Schulgeld 600 RM jährlich. Prospekte durch die Leitung der Schule.

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten

**Aluminium-Geschirre**
für Küche und Tisch
Sowie die bei uns selbst angefertigten
**Korbwaren, Sessel und Tische**
**Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel**

**Sämereien** für Garten und Feld
**Obstbäume, Beerensträucher** beste Sorten
**Rosen u. Stauden** in guter Auswahl
**Dahlien, Knollengewächse**
**Ziersträucher,** Heckenpflanzen
**Nadelgehölze,** Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
**Gärtnerei der Anstalt Bethel**
**bei Bielefeld**

**Stellengesuche und Angebote** haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

## Bethel.

**— Musikalische Feierstunde — Assapheum Bethel.**

„Hausmusik".

Mittwoch, den 22. Februar 1933, abends 8 Uhr.
Mitwirkende: Der Lautenchor Bethabara (Leitung Schw Maria Gerstung); Fräulein Annemarie Augenstein (Sopran); Frl. Emmi Kinder, Siegfried Grimme (Klavier)
Leitung: Herr J. P. Seiler.

Zum Vortrag kommen Volslieder zur Laute gesungen, Sologesänge von Schubert, Haydn, Brahms, Leo Blech; Klavierstücke von Bach, Beethoven, Schumann.
Eintritt 30 Pfennig. — — — Programm-Eintrittskarte.

— **Handfertigkeitsausstellung** des Sozialpädagogischen Schwesternseminars am Sonnabend, dem 25. Februar. Die Ausstellung der Prüfungsarbeiten der Seminarschwestern wird von 15 bis 18 Uhr im Zeichensaal der Sarepta-schule zur Besichtigung freigegeben.

Die Seminarleitung.

**— Dienstag, den 28. Februar und Mittwoch, den 1. März, veranstalten wir im großen Saale in Gosen eine Handarbeitsausstellung. Hier ist Gelegenheit gegeben, unsere gute Auswahl geschmackvoller vorgezeichneter, angefangener und fertiger Handarbeiten nebst neuen Garnmaterialien in großen Fabsortimenten kennenzulernen.**

**Ein Besuch dieser Veranstaltung, zu der wir herzlich einladen, ist sehr zu empfehlen.**

**Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.**

## Anzeigen aus Bethel.

— Gut erhaltener eintüriger Kleiderschrank abzugeben. Näheres durch die Geschäftsstelle des Aufwärts.

— **Rodelschlitten** (Lenker) zu verkaufen. Ramaweg 4.

Heute, Dienstag, 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen. Phil. 1, 12—26.